

Pressemitteilung

Hannover, 2. Juli 2019
Nr. 10

Kontakt:
Sonja Markgraf
Tel.: 0511 87953-11
mobil: 0172 3596871
E-Mail: markgraf@nlt.de

Landkreise erwarten Änderung des Grundgesetzes zur Förderung des ländlichen Raumes

„Die Bundeskanzlerin hat mit Recht davor gewarnt, abgehängte ländliche Räume zu vernachlässigen. Dem entgegenzuwirken ist aus unserer Sicht der wichtigste Auftrag der Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse, deren Ergebnisse das Bundeskabinett kommende Woche bewerten will. Vorrangig muss die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Sie muss künftig die ländliche Entwicklung insgesamt und die Sicherstellung angemessener Versorgungsstrukturen umfassen,“ erklärte der Präsident des Niedersächsischen Landkreistages (NLT), Landrat Bernhard Reuter, nach einem Gespräch des NLT-Präsidiums mit Staatsminister Hendrik Hoppenstedt im Bundeskanzleramt.

Die Landkreise hätten kein Verständnis dafür, wenn dieses überfällige Thema jetzt nicht angepackt werde, erläuterte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, der an dem Gespräch teilnahm und selber der Kommission angehört. Es gehe um finanziell überschaubare Summen. Wichtiger noch sei das Signal, dass die Politik die Sorgen der Menschen in den ländlichen Räumen ernst nehme.

Reuter, der auch Vizepräsident des Deutschen Landkreistages ist, verdeutlichte an Beispielen aus seinem heimatlichen Landkreis Göttingen, dass florierende Kommunen und Gemeinden mit dramatischen demografischen Problemen oftmals dicht bei einander lägen. Die Agrarstruktur sei nicht mehr das entscheidende Thema. Vielmehr gelte es in die Infrastruktur zu investieren und das gerade in ländlichen Regionen besonders ausgeprägte ehrenamtliche Engagement als Hilfe zur Selbsthilfe wirkungsvoll zu unterstützen.